

Der Beobachter

für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerlei Obergraben 5/4.

Samstag
11. März 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die einpaltige mm-Zeile kostet 30 Btg., bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 10

Inhalt der Nummer:

- Hinter den Kulissen des Beamtenstreiks. Von Wilhelm Ficht-Berlin.
Das Steuerkompromiß.
Kontrolle oder Freiheit?
Zur Annahme des Reichsmietengesetzes. Von Senator Beythien, M. d. R.
Wohnungen oder nur Wohnungsämter? Von Senator Beythien, M. d. R.
Sie warten noch immer vergebens... Von Otto Adams, M. d. R. (Deutsche Volkspartei).
Deutsche in Amerika.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Hinter den Kulissen des Beamtenstreiks.

Von Wilhelm Ficht-Berlin.

Aus den Geheimnissen des Aktionsausschusses, der den Streik der Eisenbahnbeamten in Szene gesetzt hat, werden jetzt Richtlinien bekannt, die deutlich auf das politische Ziel dieser Bewegung hindeuten. In diesem Zusammenhang gewinnen die nachfolgenden Ausführungen besonders Interesse.

Die Tatsache, daß der Streik der Reichsgewerkschaft in unverantwortlicher Weise herbeigeführt worden ist, beginnt heute auch in den Beamtenkreisen offenkundig zu werden, die aus Gefühlsmomenten zuerst noch für den Streik waren. Die Folgen geldlicher Art, Abzug der Streiktage, Haftung für die zivilrechtlichen Schäden (man denke nur an die rund 200 Millionen betragenden Schäden an Lokomotiven, die dadurch entstanden sind, daß sie auf der Strecke einfach stehen gelassen wurden) und manch anderes wird dazu beitragen, die Kagenjammerstimmung noch zu verstärken.

Die Verurteilung des Streiks würde noch größer sein, wenn überall in der Beamenschaft darüber Klarheit bestände, daß für die Führer und Drahtzieher des Streiks nicht wirtschaftliche, sondern rein parteipolitische Ziele maßgebend waren. Diese parteipolitischen Ziele sind weniger bekannt. Das trifft insbesondere für diejenigen Beamten zu, die politisch grundsätzlich bürgerlich eingestellt sind und noch an die soge-

nannte „neutrale“ Reichsgewerkschaft glauben. Dazu kommt, daß ein Teil der öffentlichen Meinung den Umbildungsprozeß, der sich in gewissen Kreisen der Beamenschaft in politischen Dingen vollzieht, einfach nicht erkennen will, weil er vom Beamten immer noch dessen in Friedenszeit übliche bürgerliche Einstellung erwartet. Deshalb ist ein Eingehen auf die parteipolitischen Ziele der Führer der Reichsgewerkschaft erforderlich.

Vielfach wird angenommen, der Streik der Gemeinbediensteten in Berlin, der um einer gewerkschaftlichen Nichtigkeit willen ausbrach, sei von den Kommunisten aufgezoogen worden, um die einmal gegebene Situation auszunutzen. Tatsache ist jedoch, daß diese Unterstützung der Aktion der Reichsgewerkschaft nicht etwa spontan hervorbrach, sondern vorbereitet war, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Führer der Reichsgewerkschaft, Menne, vor Eintritt in seine Streikbewegung sich die moralische und finanzielle Unterstützung solcher Kreise gesichert hatte. Dieser Führer einer Beamtenorganisation hatte sich also offenbar vor dem Streik als Bundesgenossen und Helfershelfer die größten Feinde der Beamtenrechte ausgesucht. Sein Ziel war nicht wirtschaftlicher, sondern in erster Linie parteipolitischen Art. Es hieß „Sturz der Regierung“ im Sinne der linksradikalen Endpolitik. Das wird auch jetzt von linksstehenden sozialistischen Zeitungen bestätigt. So schreibt die „Unabhängige Leipziger Volkszeitung“ in einem Rückblick auf den Streik:

„Wir ist in den Tagen vor der Proklamation mancherlei über die scharfen Auseinandersetzungen, die im Vorstände der Reichsgewerkschaft über die Durchführung des Streikes stattgefunden haben, berichtet worden. Nunmehr wird bekannt, daß der Streikbeschuß auf Drängen der kommunistischen Zelle, die sich in dem Vorstände der bis dahin rein bürgerlich orientierten Reichsgewerkschaft eingenistet hatte, herbeigeführt worden ist. Die führenden Leute der Reichsgewerkschaft, die für diese Art des Ausbruchs der Kämpfe verantwortlichen, hießen Menne und Thieme, die, wie berichtet wird, der kommunistischen Partei zugehörig sind.“

Wo soll es hinführen, wenn verantwortungslose Leute unter dem Druck ihrer parteipolitischen Einstellung kurzerhand einen Streik in Szene setzen, unter dem die ganze Arbeiterbevölkerung zu leiden hat? Nur allzubald hat unsere Auf-

fassung Recht behalten, indem wir sagten, daß sich die Eisenbahnbeamten, unbewußt und irreführend von einigen radikalen Kampfbühnen, zu einem Kampf gegen die Arbeiterklasse haben antreiben lassen.“

Übrigens lassen die wörtlichen Ausführungen des Herrn Menne den gleichen Schluß zu. Menne hat nämlich in der erweiterten Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft erklärt: „Wir wollen die Regierung aus der Umklammerung des Großkapitals durch die Tat befreien.“ Wer die Dialektik kommunistischer Kreise kennt, weiß, woher diese Äußerung stammt.

Menne hat auch für die Vorbereitung der Aktion andere Vorarbeit geleistet. Er hatte schon vor Ausbruch des Streiks seine Ministerliste in der Tasche und zum Zeichen dafür, wohin die Reise der „neutralen“ Gewerkschaft ging, seien zwei Namen aus dieser Ministerliste angeführt. Reichskanzler sollte Herr Brüning, Außenminister Dr. Brüning werden.

Man gibt aber dem Teufel nicht den kleinen Finger, ohne daß er schnell die ganze Hand zu nehmen pflegt. Das empfanden auch die Führer der Reichsgewerkschaft, nachdem der Streik ausgebrochen war. Tatsächlich standen noch nicht zwei Fünftel der Mitglieder der Reichsgewerkschaft im Streik. Die Reichsgewerkschaft hat nach ihren Angaben ungefähr 250 000 Mitglieder; nach den Angaben des R. V. M. kamen insgesamt etwa 100 000 Streikende in Frage. Rechnet man die Mitläufer, namentlich aus den Kreisen des sozialistischen Deutschen Eisenbahnerverbandes ab, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Zahl zwei Fünftel noch zu hoch gegriffen ist. Aber sehr schnell nach Ausbruch des Streikes war die Leitung des Streikkomitees selbst nicht mehr frei in ihrem Handeln. Vom vierten Tage an war dieses stark in den Händen der Kommunisten und gerade von reinen Politikern, die weder Eisenbahner waren, noch sonst mit der Eisenbahnerbewegung zu tun hatten. Es zeigt sich hier eben die Folge der finanziellen Abhängigkeit. Zwar wurde die R.-G. täglich mit 50 000 Mark von der Reichspostgewerkschaft, 10 000 von den Justizbeamten und sogar mit kleineren Beträgen aus den Kreisen der Schupo — immerhin kennzeichnend — unterstützt. Diese Beträge genügten aber nicht. Die Folge lag auf der Hand. Die Kommunisten als finanzielle Träger wollten den Generallstreik, sie veranstalteten in Berlin überall Massenversammlungen, in denen sie aus

agitatorischer Zweckmäßigkeit Redner der M.-G. sprechen ließen; sie veranstalteten gut organisierte Demonstrationen nach den Versammlungsorten der Betriebsräte, um diese für den Generallstreik reif zu machen. Ferner wurden Versuche gemacht, die Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland und die Metallarbeiter ebenfalls in den Generallstreik zu bringen. Man sieht daraus, daß die Situation noch ernster gewesen ist, als im allgemeinen angenommen wird. Das geht auch daraus hervor, daß rechtsradikale Kreise sich einen sehr energischen Führer aus Syrien nach Berlin hatten kommen lassen, um ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen.

Das Steuerkompromiß.

E. Sp. Ob das Steuerkompromiß in dieser Woche schon endgültig im Parlament verabschiedet werden kann, ist zweifelhaft. Die Durcharbeitung der einzelnen Entwürfe in den Kommissionen ist noch nicht zu Ende geführt. Und einzelne der Vorlagen bedürfen ihrer ganzen verwickelten Natur wegen noch sorgfältiger Beratung. Aber auch wenn die vor uns liegende Woche zunächst noch der Ausschubarbeit gewidmet sein soll, wird doch die politische Lage, soweit sie von den Steuervorlagen abhängt, in den nächsten Tagen endgültig nach der einen oder der anderen Richtung entschieden werden müssen. Die Steuerfrage ist tatsächlich zurzeit die brennendste. Aber die Art und Weise ihrer Lösung herrschte bis in die letzten Tage der vorigen Woche immer noch eine gewisse Unklarheit. Auch heute sind noch nicht alle Zweifel beseitigt. Aber es läßt sich doch schon mit einiger Sicherheit voraussagen, wie die Entscheidung fallen wird. Der Kernpunkt der Frage war das Verhalten der sozialdemokratischen Partei gegen den Reichsfinanzminister Dr. Hermes. In diesem Verhalten kam der Gegensatz zwischen der agitatorisch abgestimmten sozialdemokratischen Steuerpolitik und den rein sachlichen Anschauungen des Reichsfinanzministers zum Ausdruck. Hätte das Agitationsbedürfnis der Sozialdemokraten den Sieg davongetragen, so wäre das Steuerkompromiß sicher vor dem Hafen auf Sand geraten. Diese Gefahr scheint jetzt beseitigt zu sein. Nach heftigem und persönlich zugespitztem Kampf gegen den Reichsfinanzminister hat der „Vorwärts“ zum Schluß der vorigen Woche ein neues Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Steuerkompromiß veröffentlicht. Im inneren Zusammenhang damit sind die Verhandlungen innerhalb der Regierungsparteien durch einen Verzicht der Sozialdemokraten auf ihre unsachlichen Forderungen zum Abschluß gekommen. Die Umlage der Zwangsanleihe wird, wie Dr. Hermes es aus triftigen Gründen stets gefordert hat, nach dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1922 erfolgen. Ob man noch einen Weg findet, vorher irgendwelche Barbeiträge aus der Zwangsanleihe zum Vorschein zu bringen, ist demgegenüber nebensächlich.

Dadurch, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, wie mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, den Sozialdemokraten gegenüber das Feld behauptet, wird die Verabschiedung des Steuerkompromisses selbst natürlich sehr günstig beeinflusst. Die Frage, die in dieser Woche zu lösen ist, bezieht sich darauf, ob die Mehrheit der Parteien, die seinerzeit das Kompromiß abgeschlossen hat, nun auch der endgültigen Verabschiedung im Parlament ihre Zustimmung geben wird. Für die Deutsche Volkspartei handelt es sich dabei lediglich um eine Frage gewisser Sicherungen, die es verhüten sollen, daß die neu beschlossenen Steuern und die Mittel der Zwangsanleihe, wie so vieles vorher, in einem Haß ohne Boden verschwinden. Es muß also Gewähr dafür geboten werden, daß dem abgrundtiefen Haß der deutschen Finanzwirtschaft

ein solider Boden eingefügt wird. Wenn sich eine solche Arbeit unter den heutigen Umständen auch nicht von heute auf morgen durchsetzen läßt, so muß doch wenigstens bei der Gelegenheit des Steuerkompromisses der Anfang gemacht werden. Ist der ernste Wille dazu vorhanden, so hat die Deutsche Volkspartei keine Veranlassung, sich von dem Steuerkompromiß bei der endgültigen Verabschiedung im Parlament zurückziehen, da die Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen eine Aufgabe ist, die über der wechselnden Tagespolitik steht. Worin soll sich der ernste Wille offenbaren? Zunächst darin, daß die Deckung von Fehlbeträgen in den Staatsbetrieben durch die Erträge des Kompromisses völlig ausgeschlossen wird. Nur wenn man den Staatsbetrieben den bis jetzt so bequemen Zugang zum Reichssäckel sperrt, müssen sie darauf bedacht sein, sich durch kaufmännischen Geist selbst über Wasser zu halten. Ferner muß es ausgeschlossen sein, daß durch Mittel der Zwangsanleihe oder der neuen Steuern Devisen angekauft werden, um deutsche Goldleistungen zu erfüllen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir auf der Grundlage einer einmaligen Zwangsanleihe und mühsam zusammengebrachter Steuern der Entente eine Leistungsfähigkeit vortäuschen wollten, die wir nicht besitzen. Nur deutsche Sachleistungen, die im Jahre 1922 fällig sind, dürfen aus den Mitteln der Zwangsanleihe an die deutschen Produzenten bezahlt werden. Negative Mittel aber helfen nichts, solange nicht auch eine positive Belebung der deutschen Wirtschaft hinzukommt. Um diese Entwicklung anzubahnen und zu fördern, müssen der deutschen Wirtschaft alle Fesseln, die sie hemmen, abgenommen werden. Für die Durchführung des Verwendungsprogramms aber müßte schließlich auch eine persönliche Gewähr geschaffen werden, vielleicht in der Form, daß einer der weniger beschäftigten Reichsminister, zum Beispiel der Reichsaufbauminister, die Aufgabe und die Vollmacht erhält, die Steuer- und die Beziehungen der Staatsbetriebe zur Reichskasse genau zu überwachen und darauf zu sehen, daß genau den getroffenen Abmachungen gemäß verfahren wird. Alle diese Maßnahmen liegen durchaus im Interesse der Gesamtheit und wenn sich über sie eine Verständigung erzielen läßt, so kann man mit dem Zustandekommen einer breiten Steuermehrheit rechnen.

Kontrolle oder Freiheit?

Die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré hat als Begleitmusik in der englischen und französischen Presse die Erörterung einer Reihe von Fragen hervorgerufen, die eigentlich von Rechts wegen längst erledigt sein sollten. Die Engländer geben sich den Anschein, als ob sie in getreuer Ausführung des Friedensvertrages von Versailles nach Vollendung der deutschen Entwaffnung die verschiedenen Kontrollkommissionen abschaffen und uns die Freiheit des Handels wiedergeben wollen. Die Franzosen sind bei dem bloßen Gedanken entsetzt und tun ihr möglichstes, die Engländer von der Gefährlichkeit ihres Vorhabens zu überzeugen. In einer Hinsicht steht es so aus, als ob auch die Franzosen mit den anderen einverstanden seien, nämlich mit der Aufhebung der Marinekontrollkommissionen. Der Stand unserer Flotte ist so herabgedrückt worden, unsere Kriegswaffen sind so vollständig zerstört oder auf die Erzeugung von Handelsschiffen umgestellt worden, Panzerplatten und große Geschütze können nicht mehr erzeugt werden — kurz, auf diesem Gebiet liegt die völlige Entwaffnung so klar zutage, daß auch der größte Schnüffler nichts mehr zu entdecken vermöchte, nicht einmal mit Hilfe von Denunzianten unter unseren Pazifisten und Unabhängigen. Da selbst England mit der Abschaffung der Marinekontrolle einverstanden ist, können die Franzosen nicht gut der größten

Flottenmacht der Welt Furcht vor einer Auferstehung der deutschen Flotte vorreden, und so müssen sie sich notgedrungen fügen. Aber nur die Andeutung, daß auch die militärische Abrüstung zu Lande bei uns in der Hauptsache durchgeführt und damit die mehr oder weniger jegensreiche Tätigkeit des Generals Nollet überflüssig geworden sei, setzt die Franzosen in größte Erregung. Das ist schließlich kein Wunder, denn die Hunderte von französischen Offizieren, Beamten und Unteroffizieren, die der Auspionierung von ein paar Gewehren und Patronen, die möglicherweise noch irgendwo versteckt sein mögen, ihre erspriessliche Arbeit widmen, führen ein gar schönes, faules und bequemes Leben auf unsere Kosten; außerdem bietet sich ihnen reichliche Gelegenheit zu sehr einträglichen Nebengeschäften, die man in der plumpen deutschen Sprache als Schieberungen bezeichnet. Aber es würde ja auch in der Abschaffung der Militärkommissionen das Zugeständnis liegen, daß die ganzen Erzählungen von der Riesenmenge Kriegsmaterial aller Art, die noch bei uns versteckt sein sollen, und mit denen man den französischen Philister gruselig macht, aus der Luft gegriffen seien. Eine solche Blöke kann sich heute eine französische Regierung noch nicht geben. Mit welcher Heuchelei da vorgegangen wird, zeigt auch die Meldung, daß zwar die Aufsicht über unser Flugwesen am 5. Mai aufhören und der Flugzeugbau für Handelszwecke freigegeben werden soll, daß aber Verhandlungen darüber schweben wie auch über jenen Zeitpunkt hinaus die Kontrolle weitergeführt werden kann. Natürlich ist der englische Vorschlag auch nicht allzu ernst zu nehmen. Nach bewährtem Muster redet man auch in London erst große Töne und gibt dann nach, wenn man seinen eigenen Zweck erreicht hat. Und so werden wir uns noch lange unter feindliche Aufsicht beugen müssen.

Zur Annahme des Reichsmietengesetzes.

Von Senator Berthien, M. d. R.

Mit 202 gegen 168 Stimmen hat der Reichstag das Reichsmietengesetz angenommen. Die Deutsche Volkspartei hat einhellig dagegen gestimmt, nachdem der Abg. Berthien in ihrem Namen folgende Erklärung abgegeben hatte:

„Das Reichsmietengesetz verstößt gegen wichtige Grundsätze unserer Anschauung, indem es das Eigentumsrecht und die Vertragsfreiheit verkleinert;

es ist nicht geeignet, zur Behebung der Wohnungsnot beizutragen, sondern wird im Gegenteil die Quelle dauernden Unfriedens zwischen Mietern und Vermietern sein;

das Gesetz bedingt ferner eine außerordentliche Vermehrung behördlicher Stellen und bürokratischen Wirkens.

Unsere Anträge auf Ausschaltung der Härten haben keine Mehrheit gefunden.

Wir lehnen daher aus allen diesen Gründen das Gesetz ab.“

Die Väter dieses Gesetzes werden an ihrem Werke wenig Freude erleben. Zu sehr hat es alle Merkmale des Gewalttätigen, des Gefühlslosen; zu leicht stellt es sich die Möglichkeit vor, die naturgegebene Entwicklung von einer unorganischen ablösen zu lassen. Das Gesetz bricht mit wichtigen Grundsätzen, die bisher den Lebensbeziehungen der Bürger Halt und Stütze gaben: Schutz des Eigentums und freie Vertragsabgeschlossenheit; es wird die Wohnungsnot nicht beheben, aber eine Quelle von Unfrieden zwischen Mietern und Vermietern sein. An Stelle der wirtschaftlichen Vernunft wird der Geist vom grünen Tisch regieren. Die Zeit wird's lehren.

Über die Gesetzesbestimmungen selbst habe ich in verschiedenen Aufsätzen bereits berichtet. Das Gesetz läßt einen Schein von Vertragsfreiheit bestehen. Auch künftig haben Vermieter und Mieter das Recht der freien Eint-

gung, jedoch kann die oberste Landesbehörde generell die Nachprüfung aller dieser Verträge anordnen. Auch die Gemeindebehörde hat das Recht der Vertragskontrolle. Man stelle sich vor, welche Niesenarbeit dadurch den Behörden wieder aufgepackt wird. Im übrigen kann jeder Vertragsteil jederzeit dem anderen erklären, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften des Gesetzes berechnet werden soll. Die Erklärung, welche der schriftlichen Form bedarf, hat die Wirkung, daß die gesetzliche Miete vom nächsten gesetzlichen Kündigungstermin ab an die Stelle des vereinbarten Mietzinses tritt. In Streitfällen entscheidet das Mieteinigungsamt. Die Berechnung der gesetzlichen Miete erfolgt dergestalt, daß zu einer festzusetzenden Grundmiete Zuschläge für Betriebs- und Instandhaltungskosten treten. Grundlage ist die Friedensmiete, welche für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Nach Abzug der in dieser Miete enthaltenen Betriebs- und Instandhaltungskosten ergibt sich die Grundmiete. Die regierungsseitige Annahme, daß am 1. Juli 1914 überall normale Mieten vereinbart waren, hat starken Widerspruch bei den Beratungen gefunden und es ist auf Initiative der Deutschen Volkspartei gelungen, die Verewigung eines schweren Unrechtes zu verhindern. Der Gesetzentwurf enthielt nämlich folgende Bestimmung: „Der Umstand, daß am 1. Juli 1914 in der Gemeinde oder dem Gemeindeteil das Angebot von Räumen die Nachfrage überstieg, rechtfertigt eine Erhöhung der Miete nicht.“ Damit wäre die wichtigste Grundlage für das Verlangen, die Angemessenheit der Friedensmiete nachzuprüfen, ausgeschaltet worden. Es ist wie gesagt gelungen, diese Bestimmung zu streichen.

Bei Bauten, deren Fertigstellung in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1918 erfolgte, hat das Mieteinigungsamt die Friedensmiete in der Höhe festzusetzen, welche den gegen die Friedenszeit erhöhten Baukosten entspricht. Auf Gebäude, welche nach dem 1. Juli 1918 errichtet wurden, finden die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung.

Zu der „Grundmiete“ treten 1. Zuschläge für die Hypothekenzinssteigerung und für die Kosten der Erneuerung der hypothekarischen Belastung, 2. für die Betriebskosten, 3. für laufende Instandsetzungsarbeiten. In den Betriebskosten sind neben den öffentlichen Abgaben usw. auch die Kosten für die Hausverwaltung enthalten. Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind getrennt zu berechnen. Der Instandsetzungszuschlag ist für laufende Reparaturen auch tatsächlich zu verwenden, und der Vermieter hat der „Mietervertretung“ auf Antrag die Verwendung der Gelder nachzuweisen, eventuell kann eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle von Amts wegen die sachgemäße Ausführung der Instandsetzungsarbeiten durch geeignete Anordnungen sichern.

Zur Schaffung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten ist von den Mietern ein weiterer Zuschlag in einem Hundertsatz der Grundmiete zu zahlen, der von der obersten Landesbehörde festzusetzen ist. Dieser Zuschlag ist von dem Vermieter auf ein für sein Haus besonders einzurichtendes Hauskonto einzuzahlen und lediglich für große Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Vermieters zu verwenden. Eine Verfügung über das Hauskonto bedarf der Zustimmung der Mieter. Der § 7, der diese entscheidenden Bestimmungen enthält, gibt im übrigen den Behörden weitgehende Befugnisse zur Sicherung dieser Gelder und ihrer Verwendung. Eine Fülle von Schwierigkeiten wird sich aus diesem § 7 ergeben, und dem Kenner der menschlichen Unzulänglich-

keiten ist es klar, daß der Bürokratismus hier ein großes neues Feld unproduktiver Arbeit erhält. Vermieter, die das Gebäude erst nach dem 1. Januar 1920 erworben haben oder erwerben, haben nicht das Recht, Mittel für die Beseitigung von Mängeln am Hause aus den Mieten zu verlangen, sofern sie die Mängel gekannt haben oder kennen mußten. Für den Hypothekengläubiger, der im Zwangsverfahren gezwungen ist, ein Haus zu erwerben, ergeben sich hier also evtl. böse Ausfichten.

Auch die gewerblichen Räume (§ 9) sind unter der Zwangswirtschaft belassen worden. Die Deutsche Volkspartei verkannte nicht, daß die Freigabe zu einer plötzlichen schweren Belastung der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden geführt hätte, und sie sicherte diese mittelständischen Existenzen in ihrem Abänderungsantrage ausdrücklich, aber sie wollte den Hauseigentümern im übrigen berechtigten Anteil an der wirtschaftlichen Ausnutzung des gewerblichen Raumes nehmen lassen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, und es ist lediglich bestimmt, daß das Mieteinigungsamt bei gewerblichen Räumen einen „höheren“ Zuschlag bewilligen kann. Damit bleibt im wesentlichen nur der bestehende Zustand erhalten.

Alle „Zuschläge“ werden nach Hundertteilen von der obersten Landesbehörde oder den Gemeinden nach Anhörung von Vermieter- und Mietervertretungen festgesetzt. Die Zuschläge sollen zwar, soweit sie Betriebs- und laufende Instandhaltungskosten betreffen, der jeweiligen Höhe dieser Kosten Rechnung tragen, aber man weiß, welche Kämpfe über die Höhe der Festsetzung geführt wurden, um angesichts der stets steigenden Lasten zu erkennen, wie rastlos, aufreibend und verbitternd dieser Streit weitergehen wird.

Die Bestimmungen über die Untermiete (§ 13), wonach nämlich der Mietzins für untervermietete Räume, für Überlassung von Einrichtungsgegenständen und für Leistung von Diensten (also z. B. für „möblierte“ Herren oder Damen) in einem angemessenen Verhältnis zur Hauptmiete stehen muß, sind Theorie. Hier wird das Mißverhältnis zwischen Hauptmiete und Untermiete stets bestehen bleiben, schon wegen der Auseinanderangewiesenseins von Zimmervermietern und Untermietern. Letztere werden sich fast immer zum Entgegenkommen bereit finden müssen, schon um „Frieden zu haben“. Das Nebeneinanderleben der Menschen ist eben nicht mit Paragraphen zu regeln. Und auch die im § 16 in das Gesetz hineinkonstruierte „Mietervertretung“ wird nichts an dieser Wahrheit ändern. Gegenüber den Forderungen der Sozialdemokraten, das Verfügungsrecht des Eigentümers abzuschaffen und es dem „Mieterat“ zu übertragen, sind die Bestimmungen des § 16 ja noch milde, aber er enthält doch schon so viel Möglichkeiten, das Verfügungsrecht zu verkümmern, daß der Sozialismus mit Hilfe auch bürgerlicher Stimmen hier einen großen Schritt vorwärts tut. Um so unmöglicher wurde den Schülern des Eigentums und Gegnern der Sozialisierung die Annahme dieses Gesetzes, das mit garantierten Grundrechten bricht. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat das Gesetz im wohlverstandenen Interesse von Mietern und Vermietern einstimmig abgelehnt.

Das Gesetz ist kein guter Übergang zur belebenden Privatwirtschaft, ohne die wir die Wohnungsnot niemals beheben; es wird nach seiner ganzen Struktur und nach dem Willen seiner Väter vielmehr starr die Hand auf gesunde Entwicklung zu legen suchen, es wird für Mieter, Vermieter und Bauunternehmung sich gleichermaßen als unerträglich erweisen. Hoffentlich kommt die Erkenntnis von seiner Undurchführbarkeit nicht zu spät.

Die „Kölnische Volkszeitung“ über das Reichsmietengesetz.

Zum Reichsmietengesetz, das bekanntlich mit den Stimmen des Zentrums im Reichstag in dritter Lesung angenommen worden ist, schreibt das führende Organ der Zentrumsparlei, die „Kölnische Volkszeitung“, welches übrigens den Gesetzentwurf von Anfang an scharf bekämpft hatte: „Wir erblicken in den Bestimmungen über die Mietervertretung zur gemeinsamen Verwaltung des sogenannten Hauskontos nicht nur eine unnötige, ja schädliche Maßnahme, sondern einen Schritt auf dem Wege zu der von sozialistischer Seite erstrebten Sozialisierung des Hausbesitzes, der uns mit größter Besorgnis erfüllt. Wir können die Verabschiedung dieses Gesetzes nur lebhaft bedauern.“

Daran schließen sich noch folgende Ausführungen der „Köln. Volkszeitung“ vom 8. 3. Nr. 186:

„Bei der Abstimmung über das Reichsmietengesetz, dessen Annahme mit 202 gegen 168 Stimmen erfolgte, waren, wie wir der Zentrums-Parlamentskorrespondenz entnehmen, die Demokraten und das Zentrum in zwei Lager gespalten. Von den Demokraten stimmten 7 Abgeordnete mit ja, 23 mit nein, 9 waren nicht anwesend. Vom Zentrum gaben 26 Abgeordnete dem Gesetz ihre Zustimmung, 21 lehnten den Entwurf ab, 24 waren nicht anwesend, und ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Geschlossen für das Gesetz stimmte die gesamte Linke, geschlossen gegen das Gesetz die gesamte Rechte und die Bayerische Volkspartei. An diesem Abstimmungsergebnis ist, soweit das Zentrum in Betracht kommt, zweierlei bemerkenswert. Einmal, daß ein erheblicher Teil der Fraktion, fast die Hälfte der Anwesenden, das auch von uns in dieser Form abgelehnte Gesetz verworfen hat. Zweitens, daß bei einer so außerordentlich wichtigen Abstimmung nicht weniger als ein Drittel der Fraktion gefehlt hat. Daß einzelne Abgeordnete infolge Krankheit oder aus anderen wichtigen Gründen abwesend sind, wird sich ja nie vermeiden lassen. Aber daß 24 Abgeordnete bei einer seit Wochen mit Spannung erwarteten folgenreichen Entscheidung fehlen mußten, will uns nicht ohne weiteres einleuchten. Die Wählerschaft der Zentrumsparlei hat das Recht, zu verlangen, daß an solchen Tagen die Fraktion möglichst vollständig zur Stelle ist. Wenn es sich darum handelt, die Abgeordneten zu wählen, dann spricht man den Wählern von der Wahlpflicht, von der Wichtigkeit jeder einzelnen Stimme. Es muß ausgesprochen werden, daß es auch Abgeordnetenpflicht gibt, die Pflicht, das Mandat auszuüben; daran zu erinnern, scheint uns notwendig zu sein, wenn bei einer wichtigen Abstimmung ein Drittel einer Fraktion fehlt. Die Wähler haben ein Recht darauf, zu wissen, wie ihre Erwählten zu einem Gesetz, über das die Meinungen so sehr auseinandergehen, stehen, und können nicht damit einverstanden sein, wenn ein so großer Teil der Stellungnahme aus dem Wege geht.“

Wohnungen oder nur Wohnungsämter?

Von Senator Beythien, M. d. R.

Wohnungen wollen wir natürlich haben. Die Wohnungsämter sind uns dann gleichgültig. Warum gibt es aber keine Wohnungen? Weil die Wohnungspolitik der Regierung falsch war. Mieteinigungsämter entstanden überall und nahmen mit ihrem großen neuen Beamtenapparat Wohnräume in Anspruch. Kommissionen berieten und bezogen Tagegelber, Wohnungsämter wuchsen empor und kontrol-

sterten jeden Mietvertrag, beschlagnahmten jede freierwerbende Wohnung, sandten Untersuchungskommissionen in die Häuser, verfügten Zwangseinkaufungen, gaben riesige Verwaltungskosten aus, aber Wohnungen, nein, Wohnungen wurden nicht gebaut. Jetzt will der theoretisierende Sozialismus bauen aus den Mitteln einer riesenhaften Mietesteuer, die zunächst 50 Proz. der Friedensmiete jedes Wohnungsinhabers, im nächsten Jahre sicher 100 Proz. und mehr betragen soll. Dabei werden 30 Proz. dieser Opfer der Steuerzahler wieder als Verwaltungskosten draufgehen. An diesem Reichsmietengesetz hat nur einer seine helle Freude: der heilige Bürokrat! Das Reichsmietengesetz zerstört jedes Vertrauensverhältnis zwischen Mieter und Hausbesitzer, weil nach dem Gesetz jeder Teil, der einen Mietvertrag abschließt, diesen sofort wieder anfechten kann. Der Hausbesitzer kann ihn anfechten, der Mieter kann es, und wenn dann beide sich streiten, freut sich der Dritte, nämlich der besagte heilige Bürokrat, der dann lohnende Arbeit findet für seine Beamten und Paragrafen. Bei — wieviele neue Beamte, Kontrollleute, Vertrauensleute, Denunzianten, Wohnungswucherer und Wohnungsfleber finden da lohnende Betätigung!

Es wird eine „Grundmiete“ für einen Stichtag, den 1. Juli 1914, konstruiert und über ihre „Ortsüblichkeit“ und Angemessenheit kann und wird vor dem Mieteinigungsamt beharrlich gestritten werden. Welch eine Freude für den Geist vom grünen Tisch. Bürokratius reißt sich aber noch vergnügt die Hände, denn nun kommt die Festsetzung der Zuschläge für Betriebs- und Instandhaltungskosten nach „Hundertfäden“, deren Höhe keinem Teil, weder Vermieter noch Mieter gerecht erscheint; nun kommt weiter die Verwaltung der Zuschläge für „große“ Reparaturen auf besonderen von den Mietern mit zu kontrollierenden Konten, die Gemeinden müssen evtl. Reparaturfonds und Ausgleichsfonds bilden, aus denen nach Gutbefinden der verschiedensten Instanzen der Reihe nach die Häuser repariert werden sollen, wenn sie dann nicht schon ganz in Verfall geraten sind, nebenbei gesagt. Aber welch herrliche Ausblicke eröffnet dies alles den Sozialisierungsfanatikern und den von ihnen beherrschten Behörden.

Neue Beamtenstellen in Unzahl sind in Aussicht! Der Weizen der Wohnungssozialisten blüht, nur Wohnungen werden auch durch das Reichsmietengesetz nicht geschaffen. Das Reichsmietengesetz ist eigentumsfeindlich, es ist mittelstandszerstörend, es setzt Mißtrauen an Stelle von Vertrauen, es bricht die Verfassung, welche Vertragsfreiheit und Eigentum garantiert. Darum hat die Deutsche Volkspartei diesem Gesetz die Zustimmung versagt, nachdem ihre Änderungsanträge abgelehnt wurden. Die Deutsche Volkspartei will Wohnungen, nicht bloß Wohnungsämter! Sie verlangt eine Wohnungspolitik, die den Quell des Wohnungselends versiept, indem sie Mittel und Wege zur Belebung der Bautätigkeit schafft.

Sie warten noch immer vergebens ...

Von Otto Adams, M. d. R. (Deutsche Volkspartei).

Am 18. Februar ds. Js. waren bereits drei Monate ins Land gegangen, seitdem der Reichstag das Gesetz über Notstandsmaßnahmen für Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung verabschiedet hat. Dieses Gesetz ist aus der unbeschreiblichen Notlage dieser Armen unter den Armen geboren. Man hätte nun erwarten sollen, daß alle Organe mit größter Beschleunigung dieses Gesetz zur Durchführung gebracht haben würden, um den Betroffenen auf schnellstem Wege die künftige Unterstützung zu-

kommen zu lassen. Aber weit gefehlt. Zunächst lassen die Befristungen des Gesetzes und die Ausführungsbestimmungen wochenlang auf sich warten. Nach Erscheinen derselben wird ein derart schwerfälliger Apparat in Bewegung gesetzt, welcher für Arbeitskräfte und Formulare sowie Zeitverschwendung durch Nachprüfung der Angaben einen großen Teil des Betrages, welcher bewilligt wurde, verschlingt. Und den armen Invaliden, Witwen und Waisen ist noch lange nicht geholfen. Nachdem alle Verufe, Arbeiter, Angestellte und Beamte, veranlaßt durch die enorme Teuerung, Lohn- und Gehaltszulagen erhalten haben, sollte man nun aber auch endlich für die Veteranen der Arbeit und ihre Hinterbliebenen sorgen. Es scheint mir so, als feht den verantwortlichen Stellen jedes Verständnis für die bittere Notlage der Invaliden, Witwen und Waisen. Herr Reichsfinanzminister wollen Sie sich nicht diesen einmal annehmen? Im deutschen Vaterlande hat keiner das Recht, zu verhungern. Erst hat die Regierung für die deutschen Volksgenossen und dann für die Erfüllung der Wünsche unserer Feinde zu sorgen, wenn's noch ausreicht.

In der sozialistischen Presse versucht man in demagogischer Weise die Schuld auf die Rechtsparteien abzuwälzen, um bei den Invaliden den Eindruck zu erwecken, als habe man bei den Rechtsparteien kein Verständnis für die Notlage der Invaliden. Das Gegenteil ist der Fall, wir haben wiederholt gefordert, die Durchführung zu beschleunigen und sofort Vorschüsse an die Invaliden, Witwen und Waisen auszugeben. Aber die aus Sozialdemokraten und Zentrum sowie Demokraten zusammengesetzte Regierung ist wahrscheinlich nicht in der Lage, hier einmal etwas schneller zu helfen als gewöhnlich. Also bei dieser Regierung müht ihr euch bedanken dafür, daß ihr immer noch vergebens wartet. Es werden so viele Millionen nutzlos verpulvert, aber unsere Veteranen der Arbeit und ihre Angehörigen, die läßt man monatelang warten. Inzwischen ist die Not und das Elend immer größer und größer geworden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten stellen einfach ihre Forderungen, und werden sie nicht bewilligt, dann wird gestreikt und das ganze Wirtschaftsleben lahmgelegt. Diese Waffe haben die Invaliden nicht, um so mehr aber das Recht, zu verlangen, daß der Staat, die Reichsregierung, sie vor dem Verhungern bewahren.

Ganz abgesehen davon, daß durch die Teuerung die getroffenen Maßnahmen längst überholt sind, sind die Ausführungsbestimmungen dazu angetan, den größten Teil der Invaliden von der Gewährung einer Zulage auszuschließen. Das Gesamteinkommen eines völlig erwerbsunfähigen Invaliden aus Rente, Unterstützung der Angehörigen und privaten Zuwendungen darf 3000 Mark nicht übersteigen. Wer kann nun heute noch ein ganzes Jahr mit 3000 Mark auskommen? Es reicht kaum für die Wohnung und Kleidung, geschweige denn für die Ernährung. Womit andere Volksgenossen im Monat nicht auskommen können, davon sollen diese Armen ein ganzes Jahr leben. So etwas hätte im kaiserlichen Deutschland vorkommen sollen, wie würde die Sozialdemokratie getobt haben. Aber das ist eben auch eine „Errungenschaft“ der Revolution.

Soll hier eine Änderung eintreten, und will man die Invaliden, Witwen und Waisen vor dem Hungertode retten, so müssen die Zulagen zu den Renten mit dem Steigen der Teuerung Schritt halten und entsprechend erhöht werden. Ganz besonders aber sollte man, anstatt Gelder nach Rußland zu schicken, sie für die Unterstützung der Armen im eigenen Lande verwenden. Mögen unsere Feinde, die im Überfluß leben, sich der hungernden Russen annehmen. Wenn im eigenen Land die Not behoben ist, dann kann unsere Hilfe wieder anderen Völkern zuteil werden. Mögen diese Worte genügen, um nur recht bald die Notstandsmaßnahmen in erhöhtem Maße wirksam werden zu lassen.

An die ausführenden und prüfenden Organe möchte ich die Bitte richten, daß die Zuführung der Reichsregierung, daß das Gesetz loyal zur Anwendung gelangen soll, auch Wirksamkeit und nicht zur Phrasen wird. Wenn ein armer Invalid sich durch Arbeit noch einige Groschen verdient, dann soll man ihn dafür nicht

mit Entziehung der Zulage bestrafen; denn als etwas anderes kann man eine solche Maßnahme nicht ansehen. Man sollte das gesamte Arbeits-einkommen bei solchen Leuten, da es nie allzu hoch ist, freilassen, desgleichen die Beträge aus privaten Unterstützungen, da auch diese in den seltensten Fällen eine nennenswerte Höhe erreichen. Um die Not einigermaßen zu beheben, werden die gesetzgebenden Körperschaften möglichst bald neue Maßnahmen zu treffen haben. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um die Armen der Armen vor bitterster Not zu schützen. Alle Volksteile müssen an dieser sozialen Arbeit mithelfen. Wir dürfen nicht zum Abbau, sondern müssen zum Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung schreiten. Es wird ferner eine Notwendigkeit sein, bei steigender Teuerung nicht nur an die Erhöhung der Löhne und Gehälter, sondern auch an die Erhöhung sämtlicher Rentenbezüge zu denken. Ein Abbau der Teuerung würde den Invaliden- und Rentenempfängern allerdings lieber sein. Ihr sehnlichster Wunsch ist, ihren Lebensabend in aller Bescheidenheit beschließen zu können, und diesen Wunsch sollte man den Veteranen der Arbeit und ihren Leidensgenossen erfüllen.

Deutsche in Amerika.

Während des Krieges waren die amerikanischen Bürger deutscher Geburt und Abkunft, eben dieser Eigenschaft wegen, in den Vereinigten Staaten verfolgt und verfeindet. Sie wurden gesellschaftlich geächtet, geschäftlich gemieden, politisch unterdrückt und in jeder Hinsicht aufs schwerste geschädigt. Namentlich die deutsch-amerikanische Presse kann von der unwürdigen Behandlung, der sie sich zähneknirschend beugen mußte, ein Lied singen, und von der Unterdrückung, der sie ausgesetzt war, hat sie sich bis heute noch nicht erholt. Aber diese bittere Lehre hat bei den Deutsch-Amerikanern die Erkenntnis gezeitigt, daß es nicht genügt, wenn sie sich als gute Amerikaner fühlen und in den politischen Parteien aufgehen, ohne je an ihre Herkunft und an den Einfluß zu denken, den auszuüben sie infolge der großen Verdienste des Deutschtums an der Entwicklung Amerikas berechtigt wären. Die bittere Lehre der Kriegsjahre hat die Deutsch-Amerikaner veranlaßt, sich zu einem Bund zusammenzuschließen, der bereits Zweigorganisationen über das ganze Land erstreckt und im vorigen Jahre eine große, außerordentlich erfolgreiche verlaufene Versammlung in Chicago abgehalten hat. Dieser Bund hat sich den Namen des Generals von Steuben gegeben, der im amerikanischen Unabhängigkeitskriege auf Veranlassung Friedrichs des Großen nach drüben ging und den Truppen Washingtons durch preußische Zucht und preußische Disziplin erst den Geist einhauchte, der sie befähigte, unter Washingtons Führung den schließlich Sieg über die Engländer davonzutragen. Diesen Abieger des altpreussischen Militarismus haben sich die Amerikaner gern gefallen lassen und gefeiert, bis auch bei ihnen der anglo-französische Feldzug gegen Militarismus, Junkertum und Absolutismus in Deutschland seinen Anfang nahm.

Dieser Steuben-Bund hat sich ein besonders wirkungsvolles Organ geschaffen, das wöchentlich in englischer Sprache erscheint und den Titel trägt: *Times of To-Day* (Tagesfragen). Zu seinem Redaktionsstab wie zu seinen Mitarbeitern gehören Männer mit klangvollen Namen, zum größeren Teil Söhne oder Nachkommen von eingewanderten Deutschen, zum kleineren Teil auch Anglo-Amerikaner. Das Blatt kämpft einen unerschrockenen Kampf und hat sich zur Lösung gesetzt, besseres Verständnis für die Bedeutung des Anteils zu verbreiten, den das amerikanische Element deutscher Abstammung an dem Aufbau, der Entwicklung und an dem Gedeihen der Vereinigten Staaten trägt. In der Nummer des Blattes vom 21. Januar d. Js. finden wir einen

Aufruf des Steuben-Bundes mit seinem Programm, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Übrigens kann es in seiner knappen Fassung unsern Verfassern von politischen Flugblättern zum Vorbild dienen. Es lautet:

Der Steuben-Bund von Amerika hat sich bemüht und wird sich bemühen, Achtung einzufloßen vor der Verfassung, vor amerikanischer Geschichte und Überlieferung, vor den Rechten amerikanischer Bürger, vor der Freiheit des Gewissens, vor freier Rede und freier Presse, vor Duldsamkeit, Gerechtigkeit und dem Recht, als Amerikaner in Krieg und Frieden jede Sprache zu sprechen, die genehm ist. Er widersteht sich unerschütterlich der geplanten Verkürzung des Bürgerrechts, Rassenunterschieden, angelsächsischer Oberherrschaft in den Vereinigten Staaten, verstrickenden Bündnissen mit andern Ländern, dem Vertrag von Versailles, britischer Propaganda in den Volksschulen, Ratifizierung eines jeden Vertrages, der Amerika die Verpflichtung zu militärischem Beistand für irgendeine fremde Macht auferlegt, Beeinträchtigung des Rechtes von Gemeinde- und Privatschulen, jede beliebige Sprache zu lehren. Der Bund ist seit mehreren Jahren tätig. Wir haben geholfen: Wilsonismus zu begraben, eine freie Regierung in New-York und andern Städten zu befestigen, sprachfeindliche Gesetzgebung in verschiedenen Staaten zu bekämpfen; und wir unterstützen jede wirklich amerikanische Gesetzgebung in Washington, alle Maßnahmen zur Beseitigung der schwarzen Truppen im Rheinland, alle vernünftigen Schritte, um Mitteleuropa aus seinem Chaos zu erlösen. Wir haben Tausende von Petitionen nach Washington geschickt, Vertreter und Ausschüsse nach dem Sitz der Regierung geschickt. Wir unterstützen liberale Kandidaten im Kampf für amerikanische Grundsätze. Wir überwachen die Gesetzentwürfe, die dazu dienen sollen, die verfassungsmäßigen Rechte von Bürgern zu verkürzen. Wir erziehen unsere Volksgenossen zum Bewußtsein ihrer Rechte und ihrer Pflichten. Wir haben Zweiggruppen in allen Teilen der Vereinigten Staaten, von Massachusetts bis Kalifornien. Das ist fürwahr ein Programm, des Schweiges der Edlen wert. Wir werden hier den Kampf der unsern Herzen besonders nahe stehenden Deutschamerikaner um ihr Recht mit brennendem Interesse verfolgen, uns aber jeder Äußerung enthalten, die geeignet wäre, ihnen zu schaden. Wir wollen hoffen, daß ihr Kampf erfolgreich sei und gute Früchte trage.

Guenther Thomas.

„Den Finger drauf.“

Seht demokratisch.

Bekanntlich haben es die Mehrheitssozialisten für angebracht gehalten, dadurch zum innerpolitischen Frieden beizutragen, daß sie vom Reichstag die Bestimmung des 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen verlangten. Das hat überall böses Blut gemacht. Namentlich, da es unmittelbar auf die Beseitigung der schwarz-weiß-roten-Fahne folgt und eine beabsichtigte Herausforderung aller derjenigen ist, die in den Folgen der Revolution gerade keine nationale Errungenschaft erblicken. Diese sozialdemokratischen Vorbeeren haben die Demokraten nicht schlafen lassen. Sie haben im Reichstag den Antrag eingebracht, den 11. August zum Nationalfeiertag zu machen. Man geht wahrscheinlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß ungefähr 99½ Prozent der Deutschen sich verwundert gefragt haben werden, warum ausgerechnet der 11. August unser Nationalfeiertag werden soll. Des Rätsels Lösung ist die Tatsache, daß an einem 11. August die Verfassung von Weimar angenommen worden ist — ein Ereignis demokratisch-sozialdemokratischer Politik, auf das seine verschiedenen Väter wahrlich nicht stolz zu sein

brauchen. Die Demokraten bekennen sich mit besonderer Vorliebe als treue Anhänger des Reichsgedankens, wäre es da nicht sehr viel logischer und sehr viel würdiger gewesen, den 18. Januar als den Tag der Begründung des Deutschen Reiches zum Nationalfeiertag vorzuschlagen? Aber so viel Mut bringen die Herrschaften wieder nicht auf, denn da könnten sie in den Verdacht kommen, daran erinnern zu wollen, daß das Deutsche Reich von Bismarck und dem alten Kaiser gegründet und in Gegenwart der deutschen Fürsten ausgerufen worden ist. Einen solchen Tag dem deutschen Volk in seiner geschichtlichen Bedeutung vor Augen führen zu wollen, könnte als Rückfall in monarchistische Gedankengänge angesehen werden und einen solchen Rückschritt scheut eine echte Demokratenseele, wie der Teufel das Weihwasser. Lieber verwässert man den deutschen Gedanken durch so schwächliche Erinnerungstage, die keinem Menschen etwas sagen.

Sozialdemokratische Minister und Rechtspflege.

Vor kurzem hat der bisherige braunschweigische Ministerpräsident Sepp Dertter, ein unabhängiger Sozialdemokrat, die Justiz in gemeiner Weise beschimpft. Daß auch andere sozialdemokratische Minister vor der Rechtspflege, wenn sie ihnen nicht paßt, keinen Respekt haben, beweist bekanntlich auch der sächsische Minister Lipinski, der ebenfalls zu den Unabhängigen zählt. Die Abgg. Dr. Wunderlich und Dr. Kahle weisen in einer Anfrage an die Reichsregierung darauf hin, daß Lipinski, nachdem er den sächsischen Verein „Die Brüder vom Stein“ aufgelöst hatte, eine dem Verein günstige Entscheidung der Kreishauptmannschaft Leipzig zeitweilig außer Kraft gesetzt hat. Danach hat Lipinski als Minister in ein schwedisches Verwaltungsgerichtsverfahren eingegriffen. Die beiden Abgeordneten fragen nun an, ob die Reichsregierung von diesen Maßnahmen des sächsischen Ministers Kenntnis habe, und ob sie bereit sei, die durch Lipinski verletzte Reichsverfassung zu schützen. Die Verfassung sichert durch Artikel 107 das Vereinsrecht wie auch die Pflege des Verwaltungsrechts ausdrücklich gegen Eingriffe.

Kadel und die Kanzlerstürzer.

Die Vossische Zeitung gibt mit Wohlbehagen eine Mitteilung wieder, Kadel habe den Kommunisten geraten, den Reichskanzler bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum dadurch zu unterstützen, daß sie rechtzeitig den Saal verließen, um nicht gegen das Vertrauensvotum stimmen zu müssen. Solche Äußerungen hat Kadel auch dem unabhängigen Führer Breitscheid gegenüber gemacht, der den Rat befolgt hat. Nun entsteht die Frage, ob die Vossische Zeitung nicht einseht, welchen Vandalentst sie ihrem Schützling Wirth durch diese Mitteilung über die Haltung Kadel als Bundesgenossen Wirths erwiesen hat oder ob sie inniges Behagen dabei empfindet, nun selbst dem so warm verteidigten Kanzler den berühmten Dolchstoß in den Rücken zu versetzen.

Umgangsformen eines neuzeitlichen Landrats.

Der mit der Verwaltung des Landratsamtes des Kreises Ostprienitz beauftragte Demokrat Willigmann hatte in öffentlicher Kreistagsitzung den Rittergutsbesitzer Walter Stubben-dorf, der sich in rein sachlicher Weise gegen die Wahl Willigmanns zum Landrat ausgesprochen hatte, einen Schieber genannt. Einer daraufhin angestregten Beleidigungsklage gegen Willigmann gab das Schöffengericht Perleberg unbegreiflicherweise nicht statt. Nunmehr haben in 2. und 3. Instanz das Landgericht sowie das Kammergericht dieses Urteil aufgehoben und den Landrat Willigmann zu 500 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein

hübsches Beispiel für die Umgangsformen neuer deutscher höherer Beamter.

Scapa Flow.

Von Admiral Reuters Buch „Scapa Flow, das Grab der deutschen Flotte“ geben die Londoner Times eine ausführliche Inhaltsangabe. In einem besonderen Leitartikel schreiben die Times über das Buch:

„Zwei Jahre sind vergangen, seit die Befehlungen der internierten deutschen Flotte ihre Schiffe in den Wassern von Scapa Flow versenkten. Nach diesen zwei Jahren ist die englische Öffentlichkeit geneigter, sich eine mildere Betrachtung der Motive zu eigen zu machen, die Admiral von Reuter zu seiner Tat veranlaßten, als England dem Ereignis selbst gegenüber es tat. Nach allem, was seitdem geschehen und vergangen ist, sind die Vorwürfe, die der tapfere deutsche Admiral in seinem Buche England macht, viel weniger wichtig und interessant, als das Bild, das das Buch von dem Manne gibt, der es geschrieben hat. Mit seiner Abneigung gegen die neue Regierung seines Vaterlandes, mit seiner Furcht vor dem meuterischen und revolutionären Geist der Befehlungen unter seinem Befehl, hatte Admiral von Reuter wirklich harten Boden zu badern. Es ist kein Wunder und man muß ihn vielleicht gar bewundern, daß Admiral von Reuter den Entschluß faßte, dem Feind England einen bösen Streich zu spielen und den Mächten von Berlin die Zähne zu zeigen, dadurch, daß er für sein Vaterland eine Tat beging, ohne Rücksicht auf die Folgen, die diese Tat für ihn bedeuten mochte.“

Diese Kritik eines deutschfeindlichen Blattes steht wohlthuend ab von der verächtlichen Art, mit der die linksradikale Presse in Deutschland die mutige Tat Reuters verunglimpft hat.

Sowjet-Wahlen.

In den letzten Tagen des Januar haben in Rußland Wahlen für die Sowjets stattgefunden. Wie telegraphisch mitgeteilt wird, besteht das Ergebnis darin, daß 496 Kommunisten, 46 Unabhängige und ein Menschewist gewählt worden sind. Dieser Ausgang beweist, daß von irgendwelchen unbeeinflussten und unabhängigen Wahlen, die der wahren Volksstimmung in Rußland Ausdruck geben könnten, keine Rede ist. Stimmberechtigt sind nur von der Sowjetregierung abhängige und ihr ergebene Arbeiter und Soldaten der Roten Armee. Alle anderen Volksteile sind bei der Räteregierung geächtet. Besonders seltsam oder eigentlich humoristisch mutet der eine ganz einsame Menschewist an, der unter dem halben Tausend Kommunisten ohne jede Bedeutung ist.

Aus der Partei.

Reichslandwirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei.

In der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses der Deutschen Volkspartei, die der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Hofbesitzer Duschke, zum Mittwoch voriger Woche einberufen hatte, wurde zunächst festgestellt, daß die Einrichtung eines landwirtschaftlichen Sekretariats wahrscheinlich bereits am 1. April d. J. möglich sein wird. Die Abgeordneten des Preussischen Landtages Feld und Ökonomierat Schifftan berichteten alsdann über den Entwurf eines Grundsteuergesetzes in Preußen. Einstimmig sprach man sich dahin aus, daß gesetzlich eine Höchstgrenze für diese Steuer einschließlich der Zuschläge der Gemeinden festgelegt und daß vor allen Dingen eine reinliche Scheidung zwischen Grundsteuer und Vermögenssteuer herbeigeführt werden müsse, daß mithin vor allen Dingen das Betriebsvermögen und Inventar in der Landwirtschaft unter keinen Umständen zur Grundsteuer herangezogen werden dürfe, weil hierdurch eine Doppelbesteuerung dieses Betriebsvermögens in die Wege geleitet werden würde.

Es sei auch zu befürchten, wenn man einmal diesen Weg beschreite, daß dann bald auch der Hausrat ganz allgemein zur Steuer herangezogen würde. Bezüglich der Organisation wurde festgestellt, daß die meisten Wahlkreisverbände, den Anregungen des Reichslandwirtschaftsausschusses entsprechend, landwirtschaftliche Ausschüsse gebildet haben. In der nächsten Sitzung wird u. a. der Entwurf der preussischen Landgemeindeordnung behandelt werden.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat kürzlich ihre alljährlich stattfindende Vorstandswahl vollzogen. Leider hat Excellenz Dr. von Krause sich mit Rücksicht auf sein Alter nicht mehr bereithalten lassen, erneut den ersten Vorsitz zu übernehmen. So ist an seiner Stelle Herr Dr. von Campe gewählt worden. Stellvertretender Vorsitzender wurde Herr Dr. Calle, Beisitzer wurden die Herren Garnich, der als Vizepräsident des Hauses ohne weiteres dem Vorstand angehört, Frau von Kulesza und die Herren Hollmann als Geschäftsführer, Leidl, Engberding, Buchhorn und Eichhoff.

Vertrauenskundgebung für den Minister Dr. Boelke.

Der ständige Berliner Arbeitsausschuß des Reichsschulsausschusses der Deutschen Volkspartei erörterte in seiner Sitzung vom 2. März, an der auch Herr Minister Dr. Boelke teilnahm, den Fall Goh. Der Herr Minister sprach sich eingehend über die Erwägungen aus, die zur Bestätigung der Wahl des kommunistischen Studienrats Goh zum Direktor des Friedrichs-Gymnasiums in Berlin geführt haben. Nach ausführlicher Besprechung faßte der Arbeitsausschuß einstimmig folgende Entschliebung:

Der ständige Berliner Arbeitsausschuß des Reichsschulsausschusses der D. V. P. nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Herrn Ministers Dr. Boelke und spricht ihm sein volles Vertrauen aus. Er beschließt, von dieser Vertrauenskundgebung der Parteileitung, dem Reichsausschuß der D. V. P. und den preussischen Wahlkreisen Kenntnis zu geben.



Siegen.

Die hiesige Abteilung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft hat für Montag, den 13. März, abends 8 Uhr, Herrn Professor Dr. Erich Kaiser aus München für einen Vortrag über „Das Leben der Wüste“ verpflichtet, der in der Aula der Realschule stattfindet. Herr Prof. Kaiser befand sich bei Beginn des Krieges

auf einer Studienreise in Südwest-Afrika und hat die ganze Kriegszeit dort zubringen müssen. Es war ihm aber vergönnt, diesen unfreiwillig verlängerten Aufenthalt zu geologischen und allgemeinen geographischen Untersuchungen zu verwenden. Hierbei hat er seine Haupttätigkeit der Küstenwüste, der Namib, gewidmet. Gerade dieses Wüstengebiet war in bezug auf seine Entstehung und Umbildung noch wenig bekannt. Die Untersuchungen von Prof. Kaiser haben uns neue Ausblicke eröffnet, wie schon aus mehreren seiner Veröffentlichungen hervorgeht. Über ein allgemeiner interessantes Problem der Lebenserscheinungen in der Wüste wird er an Hand seiner Erfahrungen und auf Grund von Studien der Literatur aus anderen Wüsten berichten, wobei er nicht nur die mannigfachen Umwandlungsercheinungen anorganischer Natur behandeln, sondern auch auf Tier- und Pflanzenwelt und die Bedeutung der Wüste auf den Menschen eingehen wird. Zur Erläuterung stehen ihm ausgezeichnete Lichtbilder zur Verfügung.

Kreuztal-Ferndorf.

Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet am 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Wirtschaft Siebel einen Familienabend mit Vorträgen, musikalischen Unterhaltungen usw. An diesem Abend wird Frau von Kulesza, die Landtagsabgeordnete von Süd-Westfalen, einen Vortrag halten. Frau von Kulesza ist eine glänzende Sprecherin, die mit Wärme und Gefühl sich an die Zuhörer wendet. Wir machen besonders die Frauen unserer Mitglieder auf diesen Vortrag aufmerksam. Unsere Parteifreunde im Ferndorf machen wir schon heute auf die Veranstaltung aufmerksam und bitten, für diese Versammlung zu werben, ganz besonders richten wir diese Bitte an die Vorsitzenden und Parteifreunde der benachbarten Ortsgruppen. Alles Nähere wird in der nächsten Nummer des Beobachters bekanntgegeben werden.

Abgeordneter Morath

spricht

am Montag, dem 13. März, 5 1/2 Uhr, im kleinen Saal der „Kronenburg“ in Dortmund, Märkische Straße (Straßenbahnlinie „Kronenburg“, Linie 1 und 8).

über

„Die Haltung der Deutschen Volkspartei während des Beamtenstreiks.“

Dieser Vortrag soll vor den Beamtenausschüssen des Wahlkreises gehalten werden. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Vortrages ist Teilnahme sämtlicher Mitglieder der Beamtenausschüsse unbedingt erforderlich. Zutritt gegen Mitglieds- oder Ausweisarte!

Staatsminister Dr. Boelke

spricht in

Samm, Saal Buschhölle, Friedrichsplatz, am 16. März, nachmittags 4 Uhr, über

Schulfragen.

Die Mitglieder der Schulausschüsse und Lehrer und Lehrerinnen unserer Partei haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte oder eines Ausweises Zutritt. Wir bitten besonders die Ortsgruppenvorsitzenden, dies in Lehrerkreisen bekanntzugeben.

Staatsminister Dr. Boelke

spricht in

Dortmund, Gewerbeverein, Ruhrstraße 12, am 17. März, abends 7 1/2 Uhr, über

Die große Koalition.

Teilnahme nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses für Westfalen-Süd.

Freitag, den 17. März 1922, vormittags 11 Uhr, im Gewerbeverein

Dortmund.

Sitzung des Hauptvorstandes für Westfalen-Süd.

Freitag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, im Gewerbeverein

Dortmund.

Beratung der neuen Satzung.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und des Hauptvorstandes werden hierdurch eingeladen. Schriftl. Einladungen sind bereits versandt.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Ritsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Bortländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

BARMER BANK-VEREIN
HINSBERG, FISCHER & COMP.,
SIEGEN

empfehlte sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Wäschehaus Franz Scharliger
Siegen

bietet an:

Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.

Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

C. W. VOGEL

G. M. B. H.

ROHRLEITUNGEN EISEN- U. BLECHWAREN- DLEH ARBEITEN
BEHälter FABRIK GENIETET
DRUCKESSEL KESSELSCHMIEDE GESCHWEISST
KAMME : SIEGEN I. W. ROH U. VERZINKT

Hotel Patt Weidenau

(Haltestelle der Straßenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute u. billige Verpflegung.

Aug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.

Maschinelle Kühlanlage im Hause.

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG

KESSEL- BRÜCKEN- GITTER- BLECH-
SCHIFF- VERBEN- NIETEN U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

A. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Mauer-, Beton- und Wasserarbeiten.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Fernruf 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft
Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.

(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.

Erfolgreiche Wagen. Bestgelohnte Packer.
Ia Referenzen.



Vertreterbesuch

und feste Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.

Wilh. Hees G. m. b. H. Siegen

Automobile nur erster Fabrikate
Großes Lager in Auto-Zubehör u. Ersatzteilen,
Bereifungen, Brennstoff und Oele.
Reparatur-Werkstätten · Lackiererei · Polsterei.

» » » Fernsprecher 1566 und 847. « « «

Heinrich Oehl, Zigarrenspezialgeschäft
Marburger Straße 43.

Krombacher



Pille-
ner,

hell
und
dunkel

BRUNNENBERG

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen
in Friedensstärke.

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße

unterhalten das größte Lager in

Herren- u. Knabenbekleidung

Lieferant feiner Maßbekleidung.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,

Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.

Gohnbeutel

Grösste Leistungs-

... fähigkeit ...

Sowie sämtliche von

Werken gebrauchte

Papierwaren

Papierw.-Fabrik

Wilh. Winkel, Berleburg.

LOUIS HEES : SIEGEN i. W.

Fernruf
272.

PAUZERGELDSCHRANKEN : EFFEKTSCHRANKEN : SCHREIBMASCHINENSCHRANKEN

SAFES-ANLAGEN : TRESOR-ARMIERUNGEN : MAUERSCHRANKEN.

STÄNDIGES LAGER IN SCHRANKEN VERSCHIEDENSTER AUSFÜHRUNGEN : KATALOG POSTFREI.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.

Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» » Pfeifen. « «

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Deutsche Kolonial-Gesellschaft

Abt. Siegen.

Montag, den 13. März, abends 8 Uhr
in der Aula der Realschule, Siegen

Vortrag

des Herrn Prof. Dr. Erich Kaiser, München
„Das Leben der Wüste“.

Studien und Forschungen in der Namib Südwest-
afrikas während des Weltkrieges mit Lichtbildern.
Eintritt 3 Mark.

Vorverkauf bei Paul Sarg und A. Nühling.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen aller Ambosse.



Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.



Kaufe laufend größere Posten

Schrott u. Altmetalle

aller Art, sowie

Stabeisen u. Bleche.

Wilhelm Ilse,

Eisengroßhandlung, Düsseldorf,

Filiale Siegen, Sandstraße 5.

Telephon Nr. 683.

F. H. Kurth,

Kreuztal, Kreis Siegen.

Fernsprecher Nr. 21.

Baumaterialien u. la Karbid
in allen Körnungen.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12-16.

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::

Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.
Wäscherei „auf Neu“

für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

Feine
Herrenschneiderei

Fr. Grübener

Siegen,
Marburger Strasse 3.
Teleph. 2019.

Vorteilhafte Bezugsquelle

für

Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren

Alfons Reichenrath,

Weidenau-Sieg.

(vorm. Helene Richter.)

Sämtl. Pelzwaren
eigener Fabrikation

Hüte, Mützen,
Schirme.

Ankauf aller Pelz-
teile.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 890. Marburger Str. 10/12.

Eisen- u. Metallwerke

G. m. b. H.

Ferndorf (Kr. Siegen)

Übernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen
Werkstoffen, auch im Lohn.

Anfertigung u. Bearbeitung von Maschin-
teilen jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Treibriemen

Record - Rival - Reform

besser und billiger als Lederriemen

Unentbehrlich für sämtliche Betriebe

la Referenzen.

Cuno Juschka, Siegen i. W.

Feldmann & Munker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.

Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.